

Stimmenorgel

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Ercheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis drei Mark pro Monat 1.15 — inkl. alle Zustellungsgebühren. Bezugs- u. 2221. Gehmet — 56 Uly. Schriftleitung: Central 1045. Nr. 115. — Durch die Heftzeit 14. Central 1047 wegen 12 — 1 auf 1 Uly. Der Anzeigenpreis beträgt 6. — für den Millimeter Höhe und Spalte; 10. — für die Zeile, anhängend an den dreizehnlängeren Zeilenzeilen. Anzeigen bis nachmittags 3 Uly. werden, größere tags vorher. — Postfachkonto: Leipzig 1088 45. Jng. Kroy, Halle

Einzelpreis 5 Mark

Freitag, den 15. September 1922

2. Jahrgang. Nr. 216

„Kampf gegen den Hunger durch Mehrarbeit“

Wirt und die Industriellen

Mit diesem Titel verleiht das Stimmorgan, die „D. A. Z.“, die Rede, die der Reichsminister Wirtz hielt am 14. September in der Industrie- und Handelskammer auf dem Deutschen Reichstag. Der Titel allein sagt genug. Die Rede Wirtz war eine einzige, nur schlecht bemittelte Verhöhnung der Industrie und eine schwächliche Verteidigung gegen ihre Angriffe. Wirtz hat die Industrie, ihm das Regieren durch ultimative Drohungen nicht zu erschweren und ihm nicht zu verwehren, auch mit den Gewerkschaftsführern zu verhandeln, wo er doch für die Industrie jederzeit zu sprechen sei. Seine Schuld sei es nicht, daß die große Koalition noch nicht zustande gekommen sei, denn er habe in den zwei Jahren seiner Kanzlerschaft fast immer versucht, die Industrie in den Industriekreisläufen gefangen zu halten, wenn es sich um die Überwindung eines Krisenhandels sei. Sein außenpolitisches Ziel sei durchhalten, bis der Tag der Einkünfte bei den Gegnern anbreche, sein innenpolitisches Ziel: die Einheit des Volkes, die Gemeinshaftlichkeit und die Wiederaufrichtung des Reiches.

Der Weg dazu ist nicht Vergebung des Nationalvermögens, ist nicht Schenkerei, sondern er ist vielmehr Arbeit, und wenn es sein muß Mehrarbeit. (Brauo!) Keine Partei in Deutschland ist schuldlos. Zur Rettung des Vaterlandes müssen sich vielmehr alle Parteien schuldig machen. Die Wagnisse sind groß. Das gilt ebenso für rechts wie für links, aber besonders für die bürgerlichen Parteien.

Wenn Wirtz sein Wort der Polemik gegen die Begründungsanfrage des Bankiers Wendelschön findet, der herausfordernd erklärte, in Deutschland gäbe es keine Kapitalisten, dafür aber die von der Industrie so heiß ersehnte Mehrarbeit in Aussicht stellt und mit einer einladenden Handbewegung auf die Ministertische deutet, dann kann man sich wohl denken, daß die Herren Kapitalisten Bravo rufen. Mehr können sie nicht verlangen. Ihre Wünsche nähern sich sichtbar ihrer Erfüllung. Jetzt nur noch ein paar geführte Schritte hinter und vor den Kulissen. . . . So einen Schritt hinter den Kulissen wieder in der „D. A. Z.“. Er macht sich Luft über den Reichstag, hinter dem er nie etwas gesagt habe und über die notwendigen Kombinationen, die die Regierung und die Regierungspresse an seine stets wiederholte Forderung nach Besetzung des Außenministeriums knüpfte. Er kratzelt sich herum mit seinen Kollegen von der demokratischen Presse, die genau so im Golde des Kapitals fänden wie er, — sie tragen Marschmusik auf dem Kopf und dürfen nicht in die Sonne gehen — und droht mit dem Prozeß wegen des Verstoßes der „D. A. Z.“, der Wirtz noch mehr discreditiert werde.

Die Tage des Kabinetts Wirtz sind gezählt. Es denkt nicht, einmal daran, seine Kräfte zu vermindern. Die Stimm-Koalition kommt — wenn die Arbeiterkraft es nicht verhindert.

Sofortige Zahlung oder — Sanktionen

Die Reichsregierung bietet die Goldreserve an

Die Reichsregierung ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Garantie für die Schatzwechsel nur gegeben werden kann, wenn ein ausländisches Kapital sich daran beteiligt. Im Verlaufe dieses Erkenntnis ist der Präsident des Reichsbankdirektoriums von Harzenstein heute nach London gereist, um nochmals mit den englischen Finanziers Fühlung zu nehmen.

Der „Temps“ teilt mit, daß die Reparationskommission in die belgisch-deutschen Verhandlungen nicht eingetreten werde, wenn Deutschland bis zum 15. September nicht mitteilt, im annehmbaren Sinne auf die belgischen Forderungen antworten werde, zwei Schachfiguren von je 50 Millionen Goldmark für die am 15. August und 15. September fälligen Zahlungen sowie ein Golddeposit von 100 Millionen in Goldmark zu überweisen. Wenn die deutsche Regierung sich aber weigere, diesen Forderungen nachzukommen, werde die belgische Regierung schon am 16. September die Reparationskommission von dieser Weigerung verständigen und die Kommission werde dann über ein Verzeichnis der deutschen Zahlungen zu beraten haben.

Die Wirtz-Regierung muß die Zahlungen leisten oder auf die Garantiedingungen eintrifft. „Antanzigheim“ meint, der Reichsminister in Frankreich und die bevorstehenden Verhandlungen mit dem „Temps“ werden die Reparationspolitik. Die deutsche und französische Arbeiterkraft wird auf diesem neuen Wege in ein noch tieferes Elend gestürzt, wenn es nicht verfehlt, gegen die Kaufpläne der Bourgeoisie anzukämpfen.

Das Abkommen Stinnes-Luberac-ADGB.

Eine Enthüllung des „Temps“

Das französische Regierungsjournal, der „Temps“, meldet, daß der französische „Verband der Wiederaufbauorganisationen“, dessen Leiter Luberac ist, mit den französischen Gewerkschaften ein Abkommen geschlossen hat. Infolge dieses Abkommens wurde von den französischen reformfähigen Bauarbeitersyndikaten und Angehörigen mit Luberac

ein gemeinsames Bureau zur Durchführung der Schlichtungen eingerichtet. In diesem Bureau bilden die Arbeiter die Mehrheit, die bei der Überwindung der deutschen Stimmlossetzungen tätig sind.

Der Vorstand des ADGB hat vor kurzem in einer Erklärung angegeben, daß er „lediglich“ mit dem französischen Syndikat der Architekten und Bauingenieurangehörigen in bezug auf den Wiederaufbau in Verbindung trete. Nun wird vom „Temps“ berichtet, daß dieser französische Verband ein Vertreter des Stimmlosen Geschäftes ist. Die französische Regierungspresse hat eben seine Veranlassung, den alten Ruf des ADGB zu wahren und gibt bekannt, daß der ADGB direkt auch mit dem Stimmlosen verknüpft ist. Die Arbeiterkraft muß vom ADGB sofortige Rechenschaft verlangen. Das Stimmlossetz ist übrigens, der schwerfälligen „Journale Industriell“ zufolge, seit einer Woche in vollem Gange.

Auflösung des sächsischen Landtags

(Eigene Drahtmeldung.)

Dresden, 14. September.

Der sächsische Landtag hat heute mit 53 gegen 39 Stimmen in namentlicher Abstimmung seine Auflösung beschlossen. Unabhägige und Sozialdemokraten beantragten die Schließung zu einer demagogischen Rede gegen die Kommunisten.

Die Auflösung des sächsischen Landtages ist das letzte Glied in der Kette der durch eigenes Verschulden, durch die Politik der Unmacht und der Halbheiten herbeigeführten Niederlagen der sächsischen sozialistischen Regierung.

Seit Herbst 1920 am Ruder, hat die Regierung aus Sozialdemokraten und Unabhängigen, die sich auf eine Mehrheit von Stimmen stützte, die auf geistigen Hoffnungen der sächsischen Arbeiter unangenehm beruhten. Sie hat, weit entfernt einen Angriff auf die Macht der Bourgeoisie zu unternehmen, den Interessen der Bourgeoisie auf Schritt und Tritt Rechnung getragen. Sie hat alle Forderungen der Arbeiterkraft auf Verjagung der reaktionären Beamten, auf Entmilitarisierung der Schupo in den Wind geschlagen. Sie selbst nach dem Kathenamt, als die Bewegung der Arbeiter sich gegen die sächsischen Arbeiter der sozialistischen Regierung richtete, ist sie bei Kleinbürgerlichen, haben, in der Folge gänzlich unzureichende Maßnahmen treffen gelassen. Der Innenminister Lipinski war es, der hat der reaktionären, unabhängigen Polizeibeamte maßregeln, und nur wenigen Tagen das Verbot monarchistischer Jugendorganisationen aufhob. Die Stimmlossetzung in Preußen konnte der Aktion nicht mehr folgen.

Die sozialistische Partei, durch ihre „Ange“, gemäßigste Politik sich die Bourgeoisie günstig zu stimmen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Offensive der Bourgeoisie gegen die Regierung wurde von Monat zu Monat stärker. Konnte die sozialistische Regierung gegen sie nichts unternehmen, warum brauchte sie dann es sich gefallen zu lassen? Sie erzwang den Volksstreich, der deutlich bewies, daß die Stunde der sozialistischen Regierung geschlagen hat.

Die kommunistische Partei, die das Zustandekommen der Regierung ermöglicht hat und sie gegen reaktionäre Vorhölle geschützt hat, hat unablässig versucht, die sozialistische Regierung durch proletarische Forderungen und durch die Mobilisierung der proletarischen Kräfte voranzutreiben. Sie hat sie gedrängt, gegenüber der Offensive der Bourgeoisie zu dem einzig wirkenden Schritt, nämlich, in der die Arbeiterkraft in einem proletarischen Klassenorgan, dem Betriebsräteorgan, sich zu begründen. Verweigert die Regierung entgegen der die Arbeiterkraft und das Kleinbürgertum in demselben Maße, wie die Angriffe der Bourgeoisie sich verheißten. Da war es Pflicht der kommunistischen Partei, nicht die fortwährende eines Zulandes zu begünstigen, der der Arbeiterkraft eine Sperrmauer vorlag und so ihre Aktionsfreiheit lähmte, sondern die Bahn freizumachen für die Aufrüstung der Arbeiterkraft durch den Kampfschritt und die Schaffung einer aktionsfähigen sozialistischen Mehrheit.

Aufgabe der Kommunisten bei den kommenden Landtagswahlen wird es sein, die Arbeiter der Entmutigung und Gleichgültigkeit, in die die Regierungspolitik der Sozialisten sie gestürzt hat, zu erlösen und die kommunistische Partei als die Kraft aus dem Wahlkampf hervorgehen zu lassen, die die Politik der Arbeiterrepublik entscheidend bestimmt und einen Kampfschritt gegen die Bourgeoisie aus ihr macht.

Amsterdamer Worte und Taten

Berlin, 15. September.

In einer Verammlung vor geladenen Gästen, markierten gestern die Größen der Amsterdamer Internationale auf. Im Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärte sie im Namen, falls wieder ein Einmarsch in das Ruhrgebiet erfolgen sollte, werde die Internationale vor rechten Zeit eingreifen. Wenn die Amsterdamer nur einmal so gegen die Reaktion vorgehen würden, wie sie es gegen die Kommunisten tun.

Dollar vormittags 10 Uhr: 1500, stül

Die „Konolidierung“ des Kapitalismus

Zerstörte Illusionen der SPD.

Die Vereinigungspartei der SPD und USPD stehen vor der Tür. Auf ihnen wird die Zusammenfassung des Reformismus in Deutschland vollendet, für die Internationale eingeleitet. Das marxistische Zentrum gibt sein von der Geschichte überholtes Dasein auf, und kehrt zur Rechten zurück. Die USPD bekennt sich offen zur Koalitionspolitik in Deutschland. Sie sieht damit die Folgen aus ihrer Einseitigkeit der gegenwärtigen Innen- und Außenpolitik des Reformismus in der Gläubigkeit an die „Konolidierung des Kapitalismus“. Die bürgerliche Weltordnung, die während der vier Kriegsjahre zur blutigen Beerdigung wurde, die während der vier Nachkriegsjahre von Krise zu Krise trieb, soll das verlorenen Gleichgewicht wiederfinden und eine neue Periode der Festigung erleben. So ermächtigt die Praxis des Wiederaufbaus mit Stinnes zwingend aus der Theorie der kapitalistischen Erholung.

Hilferding, der Vater des gemeinsamen Aktionsprogramms der Sozialdemokratischen Parteien, hat bereits am 1. Januar dieses Jahres im Neujahrswort der „Freiheit“ diese Auffassung in ihren Grundzügen dargestellt. Seiner Meinung nach ist es die Tendenz der imperialistischen Ereignisse, nicht durch den gewalttätigen Kampf ausgetragen, sondern durch friedliche Verhandlung überwunden zu werden. Hilferding wies damals auf die Washingtoner Konferenz hin und prognostizierte für die kommenden Jahre die Führung der Welt durch einen englisch-amerikanischen Bund, der durch das bloße Schwergewicht seiner Macht alle weltpolitischen Reibungen beschlichten, alle wirtschaftlichen Kollisionen löschten würde. Die Zeit der roten Gewalt ist vorbei; die kommende Entladung werde „dem Kapitalismus einer neuen Ära geben, die Postkonjunktur heraufführen, die alle sozialen Kämpfe mildert.“

Wo ist die Postkonjunktur und die Wiederrück der sozialen Kämpfe? Der irrende Eisenbahner Americas, der arbeitslose Metallarbeiter Englands, der zum Selbstmord gezwungene französische Seemann, der darbenbe proletarische Deutschlands und der hungernde Proletariat Österreichs können die Antwort darauf geben. Herr Hilferding hat das Unglück, daß die Entwicklung schon im August die Perspektiven lächerlich macht, die er im Januar gezeichnet hat. Der angelsächsische Block liegt vorläufig in den Wellen des Stillen und des Atlantischen Ozeans. Lord Balfour fordert den Nachschub der Kriegsschluden, aber die amerikanische Senat beschließt ihre Eintreibung. Die englische Industrie sucht verzweifelt nach Märkten, aber Amerika beschließt den Schutztarif. England erstickt ein Konjunktur in der europäischen Wiederaufbau, aber die Sabotage Americas bringt diesen Plan zum Scheitern.

Die Kern der Krise liegt heute nicht in Amerika. Die „Berlegung“ der imperialistischen Konflikte — nach ausgereicherter Gebieten, blickt nur im Kopf des Herrn Hilferding. In Wirklichkeit hat sich der Schauplatz nicht verschoben, sondern er hat sich erweitert. Der Alpdruck des Krieges ist nicht von Europa gewichen, sondern er schneidet eben über allen Ländern Europas wie über Asien und Amerika. Besteht drüber noch ein gewisser Spielraum für den Expansionsdrang der kapitalistischen Großmächte, so sind in Europa schon heute die Zusammenstoß der Tagesordnung. Die österreichische Frage kann jeden Augenblick den Frieden zwischen Italien und Jugoslawien zerstören. Auf dem ganzen Balkan sind die Gewehre entzündet. Im Streit um Konstantinopel zeigt sich der enge Zusammenhang des asiatischen Krieges mit dem europäischen Frieden.

An der Ausschloßlosigkeit dieses europäischen Friedens sind 13 Ententeconferenzen gescheitert. Die Genußkonferenz mißlang, weil sich die imperialistischen Mächte in der Kaufhandlung nicht verständigen konnten. Die Konferenz vom Haag schlug aus dem gleichen Grunde fehl. Jeder weitere Monat des Wartens führt in England die Abwärts, in Frankreich den Ausdehnungsdrang. Nur Sowjet-Rußland hat dem Vordringen beider Rivalen: die eiserne Barriere seiner proletarischen Staatsgewalt entgegengehalten. Sowjet-Rußland verteilt Konstellationen, aber es läßt sich nicht aufteilen. Es stellt die Kapitalisten in den Dienst seiner Interessen, aber es beschließt nicht die kapitalistischen Interessen. Gegen England, Frankreich und Amerika, gegen das Schwermeldeste unterwerfener Staaten, tritt Sowjet-Rußland als mächtigster Faktor hervor. Indem es seine Klassenpolitik gegen alle kapitalistischen Feinde ohne Unterschied verteidigt, beschleunigt es die Auslösung ihrer Gewinne.

Der gefährliche Weltkampf ist das deutsche Ruhrgebiet. Die Wirtschaftskrise zwingt die Kohlenbarone und die Stahlfabrikanten Englands, der französischen Schmelzindustrie den Weg zum Rohstoffmonopol über Europa zu verschperren. „Verteidige“, wie das Stinnesabkommen mögen den Reformisten als Herstellung des Gleichgewichts erscheinen. In Wirklichkeit sind gerade sie die Hebel, mit denen das Gleichgewicht zerstört, der erbitterte Machtkampf entfesselt wird.

Weltkampf in allen Weltgegenden, tiefe, dauernde, unlosbare Krise in Europa: das ist das Kennzeichen der politischen Situation. Ihre Ursache und zugleich ihr Prolog ist der Zerfall der kapitalistischen Weltwirtschaft. Zerfall im doppelten Sinne. Auseinander-

